Stadt Plauen
Stadtbau- und Umweltausschuss

Plauen, 13. Mai 2013

Niederschrift
über die 40. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses

Sitzung am :	Montag, den 22.04.2013
Sitzungsort:	im Kleinen Ratssaal des Rathauses

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:36 Uhr

Anwesenheit:

Name **Bemerkung**

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Wolfgang Alboth
Herr Dieter Blechschmidt
Herr Ralf Bräunel
Herr Thomas Fiedler
Herr Klaus Jäger
Herr Rico Kusche
Herr Dieter Rappenhöner
Herr Karl-Jörg Rößiger
Herr Wolfgang Schoberth

Beratendes Mitglied

Herr Reinhold Dörfler
Herr Markus Löffler
Herr Rüdiger Müller
Herr Hardy Neumann
Herr Danny Przisambor
Herr Thomas Salzmann
Herr Günter Wetzel

Abwesende:

Name **Bemerkung**

Beratendes Mitglied

Herr Manfred Reinhardt

Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	Anwesenheit
Herr Ullmann	FGL Tiefbau	zu TOP 1. – 6.
Herr Phenn	FG Personal/Organisation	zu TOP 1. – 6.

Frau Schicker	FBL Bau und Umwelt	zu allen TOP
Herr Günther	FGL Umweltangelegenheiten	zu TOP 1. – 6.
Herr Hofmann	FGL Stadtentwicklung/Stadtplanung	zu allen TOP
Herr Helbig	FBL Sicherheit und Ordnung	zu allen TOP

Weitere Sitzungsteilnehmer:

Herr Piontkowski	Vogtlandanzeiger	zu TOP 1. – 6.
Frau Dietzel	Freie Presse	zu TOP 1. – 6.
Frau Unglaub	Seniorenbeirat	zu TOP 1. – 6.
Herr Weisbach	Forum Baukultur	zu TOP 1. – 6.
Herr Jahn	Stadtrat	Zu TOP 1. - 6

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1 . Eröffnung der Sitzung

1.1 . Tagesordnung

1.2 . Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 18.02.2013

1.3 . Beantwortung von Anfragen

2 . Information durch den ZWAV zur Kleinkläranlagenverordnung

3 . Strukturüberlegungen zum Fachgebiet Umwelt (Präsentation)

4 . Information über den Sachstand der Höherstufung des Landschaftsschutzgebietes Syratal in ein Naturschutzgebiet

5 . Information zum Konvent der Bürgermeister

6 . Verschiedenes

1 . Eröffnung der Sitzung

Die 40. öffentliche Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses wird durch Herrn Eberwein, Bürgermeister des Geschäftsbereiches II, i. V. des Oberbürgermeisters durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

1.1 . Tagesordnung

Herr Bürgermeister Eberwein verweist auf die Erweiterung der Tagesordnung durch einen gemeinsamen nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt gemeinsam mit dem Wirtschaftsförderungsausschuss. Hierzu wird nach TOP 1.3. die Nichtöffentlichkeit der Sitzung hergestellt und der TOP Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes für die Stadt Plauen in 2013 durch eine Fachfirma beraten. Dieser Verfahrensweise wird zugestimmt.

1.2 . Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 18.02.2013

Herr Bürgermeister Eberwein stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 18.02.2013 fest. Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift über den öffentlichen Teil werden die Stadträte Dieter Blechschmidt, Fraktion der CDU, und Thomas Fiedler, Fraktion der SPD, vorgeschlagen und bestätigt.

1.3 . Beantwortung von Anfragen

Herr Stadtrat Rößiger, Fraktion DIE LINKE., kritisiert die Beantwortung seiner Anfrage aus der Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 18.03.2013 zur Markierung der Parkstellflächen auf der Gottschaldstraße. Die Beantwortung seiner Frage zum Schrägparken auf der Bahnhofstraße stadtauswärts von der Kreuzung Straße der Deutschen Einheit/August-Bebel-Straße bis zur Kreuzung Friedensstraße kann er so nicht akzeptieren. Herr Bürgermeister Eberwein unterbreitet den Vorschlag, dass sich Herr Stadtrat Rößiger mit der zuständigen Fachbehörde persönlich in Verbindung setzt. Herr Stadtrat Rößiger wird dies auch tun. Herr Stadtrat Gerber, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gibt den Einwurf, dass das Schrägparken auf der gegenüberliegenden Fahrbahn möglich ist.

2 . Information durch den ZWAV zur Kleinkläranlagenverordnung

Herr Scharch, Geschäftsführer Zweckverband Wasser Abwasser Vogtland, informiert zur Kleinkläranlagenverordnung.
Vom Freistaat Sachsen wurde die Kleinkläranlagenverordnung am 19.06.2007 beschlossen. Diese besagt, dass bis zum 31.12.2015 der Bau einer vollbiologischen Kleinkläranlage notwendig ist, wenn kein zentraler Anschluss möglich ist. Durch den ZWAV wurde am 30.06.2008 ein Abwasserbeseitigungskonzept beschlossen. Damit wurde die Förderung für zentrale Anschlüsse eingestellt. Im Jahr 2009 erfolgte eine Änderung der Förderrichtlinie, so dass noch eine Förderung für zentrale Anschlüsse bis 25 % gewährt wird.
Der ZWAV hat als Verband 2009 beschlossen, dass er 3 TEUR pro Einwohner für den zentralen Anschluss zur Verfügung stellt. Mehrkosten sind vom Einwohner zu zahlen. In Oberlosa und Thiergarten wurde durch diese Regelung und mit hohem Einsatz der Grundstückseigentümer deren zentraler Anschluss gebaut.
Wird nicht zentral angeschlossen, so ist eine Vollbiologische Kleinkläranlage zu bauen.
Insgesamt sind mit Stand 31.12.2012 bis zum 31.12.2015 1289 Kleinkläranlagen nachzurüsten, wenn kein zentraler Anschluss möglich ist. Bisher wurden 212 Kleinkläranlagen gebaut.
Herr Scharch schätzt ein, dass es zz. keine Fristverlängerung geben wird.

Herr Stadtrat Alboth, Fraktion der SPD, bringt zum Ausdruck, dass die Regelung mit der Bereitstellung von 3 TEUR für den Bau einer vollbiologischen Kleinkläranlage ein hohes Entgegenkommen darstellt. Er sieht es als angemessen gegenüber den Grundstückseigentümern, die einen zentralen Anschluss finanzieren mussten.

Herr Stadtrat Rößiger, Fraktion DIE LINKE., macht deutlich, dass entsprechend der Festlegung des Verwaltungsrates mit Bürgern Beratungen durchgeführt werden. Einigen sich genügend Grundstückseigentümer für einen zentralen Anschluss, so wird dieser Bau auch ermöglicht werden.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt an, ob die Bereitstellung der Förderung bis 2015 gesichert ist und was passiert rechtlich, wenn Grundstückseigentümer nach dem 31.12.2015 keine vollbiologische Kleinkläranlage gebaut haben.
Herr Scharch zitiert Herrn Staatsminister Kupfer, dass eine Förderung bis zum 31.12.2015

gesichert ist.
Grundstückseigentümer, die bis zum Ablauf der Frist keine vollbiologische Kleinkläranlage gebaut haben, begehen eine Ordnungswidrigkeit, da sie dann kein gültiges Wasserrecht mehr besitzen. Wie dies geahndet wird, steht noch nicht fest.
Herr Stadtrat Fiedler, Fraktion der SPD, fragt an, ob es für Grundstücksbesitzer mit geringen Einleitungsmengen (ca. 40-50 m³) die Möglichkeit einer abflusslosen Grube mit jährlicher Entleerung gibt.
Herr Scharch antwortet, dass es diese Möglichkeit gibt. Wird auch gefördert. Jedoch die Entsorgungskosten sind sehr hoch (20 EUR/m³) und es entstehen auch Wartungskosten (200 EUR) für diese Grube.

Zur Anfrage von Herrn Stadtrat Alboth ob eine Verlängerung der Gültigkeit des Wasserrechtes nach dem 31.12.2015 z. B. für ältere Einwohner möglich ist, kann Herr Scharch keine Antwort geben, da er dafür nicht zuständig ist.

3 . Strukturüberlegungen zum Fachgebiet Umwelt (Präsentation)

Herr Bürgermeister Eberwein legt einleitend dar, dass durch die Kreisreform bereits viele Aufgaben an die Kreisbehörde übertragen wurden. Der Fachgebietsleiter des FG Umwelt hat aus persönlichen Gründen um Entbindung seiner Funktion gebeten. Seitens der Verwaltungen wurden Lösungen erarbeitet, die ein Abdecken der Aufgaben sowie eine Vertreterregelung ermöglichen könnten. Eine Entscheidung wurde bisher noch nicht getroffen.
Herr Phenn, FG Personal/Organisation, erläutert an Hand einer Power-Point-Präsentation die Strukturüberlegungen zum Fachgebiet Umwelt.
Bis zum 31.12.2008 waren im Fachgebiet Umwelt 21 Mitarbeiter tätig. Nach der Gebietsreform sind es noch 9 Mitarbeiter.
Zur Lösung des Problems gibt es 3 Varianten.
Variante 1 interne Ausschreibung der Stelle des Fachgebietsleiters;
Variante 2 externe Ausschreibung und
Variante 3 interne Strukturveränderung.
Bezüglich der Variante 3 könnten die Aufgaben Umweltrecht; Wasserbau; Gewässerpflege und –Unterhaltung und Kommunales Grün dem FG Tiefbau zugeordnet werden.
Die Aufgaben Koordinierung; Naturschutz; Lokale Agenda könnte dem FG Stadtentwicklung/Stadtplanung zugeordnet werden. Eine Umbenennung des Fachgebietes Stadtentwicklung/Stadtplanung in Stadt und Umweltplanung wäre unter Beachtung der Bedeutung der Umweltschutzaufgabe angeraten. Die Aufgaben Baugenehmigung/Umweltüberwachung und Immissionsschutz könnten dem FG Bauordnung zugeordnet werden.

Frau Schicker, FBL Bau und Umwelt, legt dar, dass künftig mit energetischen Stadtsanierung die meisten Umweltaufgaben im planerischen Bereich vollzogen werden und deshalb eine Zuordnung zum jetzigen FG Stadtentwicklung/Stadtplanung gerechtfertigt ist.

Herr Stadtrat Rappenhöner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt dar, dass zwar einerseits durch die Gebietsreform ein Bedeutungsverlust für das FG Umweltangelegenheiten entstand, aber es trotzdem zahlreiche Aufgaben im Umweltbereich gibt, die die Stadtverwaltung zu realisieren hat. Er nennt hier die Bewerbung für die Durchführung einer Landesgartenschau, weitere Ausweisung geschützter Landschaftsbestandteile, die Einhaltung/Durchsetzung der Baumschutzsatzung und Aufgaben des Immissionsschutzes.
Im Rahmen der Erstellung von Bebauungsplänen erhalten die Erarbeitung von Umweltberichten und Grünordnungspläne hohe Bedeutung.
Seine Fraktion spricht sich gegen eine „Zerschlagung“ des Umweltbereiches aus.
Er plädiert für eine externe Ausschreibung der Stelle des Fachgebietsleiters.
Herr Stadtrat Rappenhöner stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, Frau Dr. Gosch, ehemaligen Leiterin des Fachbereiches Bau und Umwelt, Rederecht zu erteilen.

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Herr Stadtrat Rößiger, Fraktion DIE LINKE., spricht sich ebenfalls gegen eine Umstrukturierung des FG Umweltangelegenheiten aus. Nach seiner Meinung entsteht ein Synergieeffekt nur für die Fachgebiete, die Aufgaben des Umweltbereiches zugeordnet bekommen.

Es folgt eine wörtliche Widergabe der Ausführungen von Frau Dr. Gogsch.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadträte,
ich habe ein bisschen weiche Knie, dass sage ich ehrlich, und Herr Rappenhöner hat angedeutet, im nächsten Jahr gäbe es 40 Jahre organisierte Umweltfacharbeit in diesem Hause. 1974 ist die Abteilung Umweltschutz und Wasserwirtschaft in der Stadt Plauen als selbständige Einheit gegründet worden. Ich arbeite als Ruheständler im Moment an der Frage, lohnt es sich diese 40 Jahre aufzuarbeiten und im nächsten Jahr zu präsentieren. Für den Bürger Ja, ich sage es jetzt aufgrund der Berührtheit dessen, was vorgestellt worden ist, die Verwaltung interessiert es vielleicht nicht in diesem Maße.
Zu den Kläranlagen hat Herr Eberwein gerade ausgeführt, wenn wir uns eine saubere Umwelt wünschen, muss jeder daran teilnehmen und mitwirken. Es ist eine Aufgabe, die wir uns jetzt für die Zukunft stellen müssen. Ich für mich habe mich bereit erklärt, an der Arbeitsgruppe Innenstadtentwicklung mitzuarbeiten. Deshalb, weil mir das Stadtkonzept am Herzen liegt. Das Stadtkonzept liegt mir am Herzen, weil es halt mehr ist als nur eine Schubladenarbeit und sie haben selbst gemerkt, wie schwierig es ist, dieses Schubladendenken zu reduzieren, zu einer Gemeinsamkeit zu kommen und mit Innovation in die Zukunft zu blicken. Ich will nicht die Aufgaben kommentieren und die Zuordnung. Alleine die Zuordnung des Immissionsschutzes in die Bauaufsicht stellt für mich die Frage, wissen Sie was der Immissionsschutz macht? Wir befassen uns mit Luftreinhalteplanung, wir befassen uns mit Lärmminderungsplanung, wir befassen uns mit Maßnahmen für die Zukunft, wie diese Stadt - um mit Herrn Hofmann zu reden – ganzheitlich entwickelt werden soll. Nicht ordnungsrechtlich, sondern für die Zukunft gestaltet. Es sind planerische Aufgaben, das ist richtig, die Frage ist, ist es richtig, sie in eine Stadtplanung zu integrieren oder die Umweltaufgaben mit einem kompetenten Leiter einer Aufgabenerfüllung zuzuführen, die diese Integration von übergreifenden Umweltgedanken sich zu diskutieren lohnt in einem Fachgebiet um mehr als nur eine Schublade Gewässerunterhaltung zu betrachten, als nur eine Schublade Lärmminderungsplanung, sondern die Integration der Umwelt als Ganzes zu betrachten. Diese Frage ist mit einer Vertretung nicht zu klären. Das ein Mitarbeiter aus einem anderen, dann neuem Fachgebiet, Fragen von Bürgern entgegen nimmt. Damit machen wir keine Facharbeit. Und ich glaube das Fachkonzept Umwelt, dass wir im Stadtrat vorgestellt haben, beschlossen haben, mit einem Maßnahmeplan. Dieses Fachkonzept mit dem Maßnahmeplan hat nicht gezeigt, dass die Mitarbeiter dieses Fachgebietes inkompetent sind, das sie nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Mitarbeiter arbeiten konzentriert, sie arbeiten mit Freude. Aber sie brauchen eine Hand die sie zusammenhält, die sie an der Stelle leitet und die mit innovativen Gedanken die Mitarbeiter weiterentwickelt. Es sind Aufgaben hinzugekommen. Der Energy Award,. Sicher, die Energetik insgesamt zu betrachten mit öffentlicher Wirkung, der Klimaschutz spielt eine Rolle. Die Konferenz von Rio Anfang 1990 hat ein Kapitel den Kommunen zugeordnet. Wer solls den machen, die Umwelt zu bewahren, wenn es nicht an Ort und Stelle gemacht wird. Das ist an dieser Stelle eine ganzheitliche Aufgabe, eine Umwelt zu betrachten. Wir können Gewässerunterhaltung natürlich im Tiefbau machen. Wir pflegen 5 m Gewässerrandstreifen, wir nehmen Waabenplatten heraus, dann haben wir unsere Tiefbauleistung erfüllt. Wie sieht denn die EU-Rahmenrichtlinie dazu aus? Reicht es, die 5 m zu betrachten? Heißt es denn nicht eigentlich, mit den anschließenden Nutzern, mit der Landwirtschaft ins Gespräch zu kommen, Kooperationsfragen zu klären, um die Einleitungen, die aus Hinterland in unsere Gewässer trotzdem noch kommen, dazu genutzt werden, um mit Verständnis, mit fachkompetenter Beratung mit dem Amt für Landwirtschaft, mit den Fortwirten eine Leistung zu bringen, die

insgesamt der Stadt dient. Vor mehr als hundert Jahren gab es einen Bürgermeister Kuntze, der hat Wald gekauft für die Stadt. Mit diesem Wald protzen wir heute. Zu der Frage, wie grün ist die Stadt Plauen, dass wir in unserer Stadtkonzept schreiben können, wir haben ein intaktes Umfeld, wir haben eine Stadt, in der es sich lohnt zu leben. Wenn dieser Bürgermeister nur an das Heute gedacht hätte, so wie wir es jetzt mit der Entwicklung des Fachgebietes Umwelt machen, dann wären wir heute Nichts. Dann könnten wir überlegen, wie sich diese Stadt im Vogtland einbettet und mit welcher Wirkung wir touristisch unsere Stadt erschließen. Ich bin der Meinung, diese Darstellung bringt eine Argumentation, eine einseitige Argumentation, sie diskutiert 52 TEUR Mehrkosten für einen Fachgebietsleiter, der jetzt bezahlt wird.
Ich wäre nicht bereit, als Stadträte, diese 52 TEUR dem Fachgebiet Umwelt zuzuschreiben. Wenn ein Mitarbeiter umgesetzt wird, dann muss es für diese Umsetzung, an dieser Stelle wo er hingeht, Arbeit geben. Arbeit die bezahlt wird. An dieser Stelle werden Mehrkosten erforderlich. Nicht im Fachgebiet Umwelt. Ich bin der Meinung, der Weg ist falsch."

Ende der wörtlichen Widergabe.

Herr Bürgermeister Eberwein legt dar, dass ein wesentlicher Aspekt die Personalkosten sind und er ist nicht der Meinung, dass die Umweltaufgaben bei einer Umstrukturierung nicht mehr erfüllt werden. Die jetzige Situation ist durch den Wunsch der Entbindung des Fachgebietsleiters entstanden.

Herr Stadtrat Blechschmidt, Fraktion der CDU, sieht den unterbreiteten Vorschlag einer Umstrukturierung positiv, auch unter dem Aspekt, dass die Umweltaufgaben durch fähige Führungskräfte erfüllt werden können.

Herr Stadtrat Jahn, Fraktion der SPD, unterstreicht, dass die Erfüllung der Umweltaufgaben durch geeignetes Fachpersonal auch gegenüber den Bürgern zu erledigen ist und dies nicht unbedingt durch eine Umstrukturierung in andere Fachgebiete der Fall ist.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., kritisiert auf das schärfste, dass heute die Variante einer Umstrukturierung in den Vordergrund der Diskussion gerückt wird.

Herr Stadtrat Alboth, Fraktion der SPD, bittet darum dass die Präsentation den Fraktionen zur Verfügung gestellt wird und stellt den Antrag, den Vortrag von Frau Dr. Gogsch wörtlich niederzuschreiben und diesen Vortrag ebenfalls den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

4 . Information über den Sachstand der Höherstufung des Landschaftsschutzgebietes Syratal in ein Naturschutzgebiet

Herr Günther, Fachgebietsleiter Umweltangelegenheiten, informiert zum Stand des Antrages auf Ausweisung eines Teiles des Landschaftsschutzgebietes Syratal als Naturschutzgebiet „Syratalwiesen". Auf der Grundlage des Beschlusses des Stadtrates am 13.09.2011 zum Pflege- und Entwicklungsplan beauftragte die Stadt Plauen das Büro Froelich & Sporbeck mit der Erstellung eines Gutachtens. Im Ergebnis stellte das Büro fest, dass sich Teile des Landschaftsschutzgebietes zur Ausweisung als Naturschutzgebiet eignen. Deshalb stellte die Stadt Plauen im September 2012 den Antrag auf Ausweisung beim Landratsamt Vogtlandkreis. Herrn Günther liegt zum heutigen Tag die Stellungnahme des Landratsamtes Vogtlandkreis, Herrn Dr. Pohl, Amtsleiter Umwelt und Bauordnung vor.
Herr Günther verliest das Schreiben. Seitens des Landratsamtes wird die Ausweisung zum jetzigen Zeitpunkt abgelehnt.
Herr Günther berichtet, dass die Stadt die Umsetzung des Pflege- Entwicklungsplanes entsprechend des Büros Froelich & Sporbeck plant. Hierfür ist seitens der Stadt das Problem der Pflege von zwei verpachteten Flächen zu klären, da diese nicht vollumfänglich dem Pflege- und Entwicklungsplan entsprechen. Eine Kündigung dieser Pachtverträge ist frühestens zum Ende des Jahres 2016 bzw. 2023 möglich.

In der sich anschließenden Diskussion stellt Herr Müller, sachkundiger Einwohner, die Frage nach dem Zeitpunkt des Abschlusses der Pachtverträge. Herr Günther antwortet, dass ihm zz. nur ein Pachtvertrag vorliegt und dieser durch den Eigenbetrieb GAV am 03.05.2007 abgeschlossen wurde.

Herr Stadtrat Kusche, Initiative Plauen, kritisiert, warum diese Information nicht als Informationsvorlage ausgereicht wurde, insbesondere zum Inhalt des Schreibens des Landratsamtes Vogtlandkreis.

Herr Günther antwortet, dass ihm das Schreiben bisher nur per E-Mail ohne Unterschrift vorliegt.

5 . Information zum Konvent der Bürgermeister

Herr Bürgermeister Eberwein gibt eine kurze Einleitung zum Thema Konvent der Bürgermeister und übergibt das Wort an Herr Günther.

Herr Günther, FGL Umweltangelegenheiten, informiert zum Konvent der Bürgermeister an Hand einer Power-Point-Präsentation.

Der Konvent der Bürgermeister ist die erste Initiative der europäischen Kommission, die sich unmittelbar an die Städte und Gemeinden richtet und ihre Rolle im Kampf gegen den Klimawandel offiziell anerkennt. Sie wollen freiwillig durch höhere Energieeffizienz, durch den Einsatz erneuerbarer Energien die EU-Zielsetzung eine Reduktion der CO_2-Immissionen bis 2020 um 20 % zu erreichen oder diese sogar zu übertreffen.
Herr Günther erläutert den European Energy Award (eea) und legt an Hand von Zahlen die Bedeutung des Konvents dar. Gegründet und Finanziert wird das Büro des Konvents der Bürgermeister von der Europäischen Kommission. Für die Konventunterzeichner selbst stehen keine europäischen Finanzmittel zur Verfügung. Eine finanzielle Unterstützung gibt es für den eea-Prozess. Das Sächsische Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft fördert die ein- und Weiterführung des eea im Rahmen der Richtlinie Energieeffizienz und Klimaschutz mit bis zu 75 % der Programmkosten. Das Europäische Forum European Energy Award e. V. ist unterstützende Struktur im Konvent der Bürgermeister.
Zusammenfassend schlägt Herr Günther folgenden Vorschlag zur weiteren Verfahrensweise vor.
Die Stadt Plauen befindet sich mit der weiteren konsequenten Durchführung des Prozesses zum eea, auch im Hinblick auf das 2014 anstehende Reaudit-Verfahren, auf dem richtigen Weg.
Die zusätzliche Teilnahme am Konvent der Bürgermeister, auch unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Verbreitung in Deutschland und insbesondere in Sachsen, ist unter Beachtung der finanziellen und personellen Möglichkeiten der Stadt Plauen derzeit nicht realistisch. Bisher ist keine Stadt in Sachsen im Konvent der Bürgermeister vertreten.

Herr Bürgermeister Eberwein fasst zusammen, dass der eea die Inhalte des Bürgermeisterkonvents abdeckt und eine Beteiligung der Stadt Plauen aus Kostengründen und des Fehlens von geeignetem Fachpersonal nicht vorgesehen ist.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., weist deutlich darauf hin, dass es notwendig ist, das Engagement der obersten Stadtspitze und eines jeden Einwohners für die Co_2-Einsparung und den Klimawandel zu erhöhen. Es sind konkrete Aktionspläne zu erarbeiten.

6 . Verschiedenes

Herr Stadtrat Rößiger, Fraktion Die LINKE., kritisiert die lärmintensiven Arbeiten der Fa. Keßler am Leuchtsmühlenweg mitunter auch nach 22:00 Uhr und die Aufschüttung von Bergen geschredderten Materials.
Herr Günther legt dar, dass die Recyclinganlage vom Vogtlandkreis genehmigt ist. Er wird sich diesbezüglich an das Landratsamt wenden und um Kontrolle bitten.

Herr Stadtrat Kusche, Initiative Plauen, übt Kritik an der Niederschrift über die 39. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses und bittet um Korrektur, da er diese sonst nicht unterzeichnet.
Herr Bürgermeister Eberwein bittet Herrn Stadtrat Kusche, seine Bemerkungen zur Änderung niederzuschreiben und die Niederschrift zurückzugeben.

Herr Stadtrat Rappenhöner, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen, kritisiert die Funktionsfähigkeit der Amphibienleiteinrichtung im Gewerbegebiet Reißig und fordert sofortige Kontrolle und Reparatur.
Herr Günther, FGL Umweltangelegenheiten, sichert eine umgehende Behebung zu.

Plauen, den	Plauen, den
Eberwein Bürgermeister	Dieter Blechschmidt Stadtrat
Plauen, den	Plauen, den
Oertel Schriftführerin	Thomas Fiedler Stadtrat